

Wir Steirer

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

GLEISDORF

Impressum: Fd 1.v. FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE FEBRUAR 2024



■ Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die FPÖ Gleisdorf möchte zum Jahreswechsel zwei Themen aufgreifen, die 2023 unsere Gemeinde beschäftigt haben und uns wohl auch 2024 erhalten bleiben werden.

Zum einen das Wohnbauprojekt in der Schießstattgasse. Der Gemeinderat hatte einst der Umwidmung des Grundstückes in Bauland einstimmig zugestimmt. Der Bauträger hatte inzwischen auch alle notwendigen Genehmigungen für eine Bebauung eingeholt. Natürlich freut es nicht jeden, wenn in der Nachbarschaft die Bagger auffahren, und so hat sich rund um die Schießstattgasse eine Initiative gebildet, die zunächst allgemein gegen die weitere Versiegelung von Flächen erfolgreich Unterschriften sammelte, später in Gestalt eines Vereines konkret die Verbauung durch den Ankauf des Grundstückes in der Schießstattgasse verhindern wollte. Der Wohnbauträger hatte dem Verein in entgegenkommender Weise eine Frist bis letzten Herbst zur

Mittelaufbringung eingeräumt. Der Versuch des Ankaufes scheiterte eindeutig. Wie sich herausstellte, waren nur wenige Gleisdorfer Mitbürger bereit, Geld zu investieren.

Das Urteil der Bevölkerung war damit eindeutig: ein Ankauf und eine Freihaltung des Geländes fand keine Unterstützung. Das wäre der Zeitpunkt für den Verein gewesen, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Allerdings versucht der Verein, mittels juristischer „Winkelzüge“ über Naturschutzbestimmungen die Bebauung weiter zu verhindern. Dabei spielt es für den Verein keine Rolle, dass dem gemeinnützigen Wohnbauträger durch die versuchte Blockade des Projektes erhebliche Nachteile entstehen.

Wie aber soll in Zukunft noch ausreichend halbwegs leistbarer Wohnraum für die Allgemeinheit bereitgestellt werden, wenn sogar Projekte in Zentrumsnähe so bekämpft werden? Man mag, kann und soll sich für künftige Projekte überlegen, welche Auswirkungen sie auf das Stadtklima haben und ob sie am vorgesehenen Standort optimal sind. Für die Bebauung in der Schießstattgasse ist jedoch erstens die Grundsatzentscheidung aufgrund der Lage aus gutem Grund so gefallen und zweitens darf man optimistisch sein, dass der Bauträger ein Projekt entwickeln wird, dass heutigen Aspekten von Klima und Raumnutzung bestmöglich entspricht.

Zweiter Punkt sind die sogenannten Klimakleber, die durch Blockade von Verkehrsstraßen, Beschädigung von Kunstwerken und andere Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen suchen. Hier wird für ultimative Forderungen die Allgemeinheit in Geiselschaft genommen und soll gewählten Mandataren offenbar ein fremder Wille aufgezwungen werden. Einer radikalen Minderheit ist es dabei völlig egal, wie die Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bestreiten oder auch nur den Weg in die Arbeit finden soll. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, und damit unser aller Wohlstand, ist für diese Leute allenfalls ein Kollateralschaden auf dem Weg in die Klimasteinzeit. Bedenklich sind die Sympathien, die die Grünen für diese Gruppierung hegen. Hat man schon so den Eindruck, dass Klimakleber von der Polizei bei ihren Aktionen mit Samthandschuhen angefasst werden, nährt auch eine Weisung aus dem Grünen Justizministerium im Gefolge eines Strafverfahrens (Nichtverhängung der U-Haft) gegen eine Klima-„Aktivistin“ den Verdacht auf einen gewissen Protektionismus. Umgekehrt verstärkt ein Blick auf die Homepage der „Letzten Generation“ in Österreich diesen Eindruck. Werden doch die vom „Klimarat“ ausgearbeiteten Empfehlungen als Ziele der Letzten Generation genannt. Der „Klimarat“ wiederum ist ein von Bundesministerin Gewessler einberufenes – aus Bürgern zufällig ausgewähltes – Kollegium, dass „gemeinsam“ mit Experten Empfehlungen zu Maßnahmen gegen den Klimawandel erarbeitet hat. Der Klimarat ist kein von der Bevölkerung gewähltes und legi-

timiertes Organ. Das soll er, so muss gemutmaßt werden, bewusst auch nicht sein. Denn die von der Bevölkerung in freien Wahlen gewählten und legitimierten Organe – Parlament, Landtage und Gemeinderäte – die die Gesamtinteressen der Bevölkerung vertreten, sind der Ministerin wohl zu wenig radikal in der Umsetzung von Klimamaßnahmen. So war es aber für die Ministerin recht „chic“, einen braven Klimarat einzuberufen, ihm den Anschein irgendeiner demokratischen Verankerung zu verpassen und so zu versuchen, in der Öffentlichkeit „Gegendruck“ aufzubauen. So gesehen kleben sich die Klimakleber also durchaus im Sinne der Bundesministerin auf unsere Straßen, auch wenn sich die Ministerin inzwischen von derartigen Praktiken distanziert hat. Bei uns in Gleisdorf jedenfalls

hat eine Grüne Gemeinderätin noch im Dezember zu einer „Gesprächsrunde“ mit Vertretern der Letzten Generation in den Pfarrsaal eingeladen, um dort um Verständnis für die Ziele und Methoden dieser Gruppe zu werben. Einer Gruppe, die selbst noch am 4. Dezember 2023 auf ihrem X-Account gepostet hatte, dass die Staatsanwaltschaft nun wegen Verdacht auf angebliche kriminelle Vereinigung (§ 278 StGB) gegen sie ermittelt und dazu geschrieben: „Das ist angsteinflößend. Wir setzten unseren Protest trotzdem fort, bis

Nehammer die Klimaratsempfehlungen umsetzt“. Es sei die Frage gestattet, welches demokratische Verständnis und welche radikalen Gruppierungen eigentlich Österreichs Grüne an ihrer Brust nähren? Wie radikal sind sie selbst? Und wie rechtfertigt eigentlich die Österreichische Volkspartei diese Umtriebe, die sie mit der Einbindung der Grünen in die Bundesregierung selbst salonfähig gemacht haben? Den Kollegen von der Grünen Fraktion können wir jedenfalls nur empfehlen, die eigene Haltung zur Demokratie einmal zu überprüfen und die eigene Ideologie nicht mit der Demokratie gleichzusetzen, geschweige denn sie mit ihr zu verwechseln.

Einen guten Start in ein Jahr voller Demokratie – 2024 stehen einige Wahlgänge an – wünscht Ihnen die FPÖ Gleisdorf!

Ihr StPO GR Harald Lembacher



■ ORF-Beitragsgesetz tritt in Kraft!

Am **1. Jänner 2024** trat das neue **ORF-Beitragsgesetz** in Kraft. Aus der GIS-Gebühr, von der man sich abmelden konnte, wurde **die zwingend zu bezahlende ORF-Steuer**, auch Haushaltsabgabe oder ORF-Beitrag genannt. Dieser ORF-Beitrag als neue Finanzierungsform des ORF, wird vom GIS-Nachfolger **ORF-Beitrags Service GmbH (OBS)** eingehoben. Jeweils eine volljährige Person pro Hauptwohnsitz-Adresse muss jetzt **15,30 Euro pro Monat** für den ORF **plus etwaige Landesabgaben** bezahlen. **Wer bislang keine GIS-Gebühr bezahlt hat, muss sich für die Zahlung registrieren und startet in das neue Jahr mit der maximalen Zusatzbelastung: dem ORF-Steuer-Hammer.** Die OBS wird den neuen Zahlern nämlich gleich im Jänner den vollen **Jahresbeitrag von 183,60 Euro plus etwaige Landesabgaben** auf einen Schlag vorschreiben. Wer sich schon die GIS-Gebühr nicht leisten konnte oder wollte, muss nun – in Zeiten der Rekordinflation und Teuerung – gleich für das ganze Jahr im Voraus bezahlen. Wer bereits als GIS-Zahler registriert war, darf hingegen alle zwei Monate oder halbjährlich abbuchen lassen. Die Bezieher kleiner Einkommen und in zunehmendem Maße **auch der Mittelstand geraten unter immer stärkeren finanziellen Druck.** Viele Menschen können sich das Leben nicht mehr leisten und müssen bereits bei Grundbedürfnissen wie Wohnen, Heizen, Essen und Trinken massive Abstriche machen oder sich gar verschulden. Statt diese Menschen zu entlasten, werden rund 525.000 zusätz-

liche Haushalte mit dem ORF-Steuer-Hammer ins Visier genommen. **Die Freiheitlichen lehnen diese neue Zwangssteuer ab und stellen sich auf die Seite der Österreicher.** Die FPÖ hat daher auch eine umfassende Service-Plattform eingerichtet.

Nähere Informationen findest du unter:

WWW.ORF-STEUER.HELP



A recruitment banner for the FPÖ in Styria. It features a scenic background of a valley. In the foreground, two men are smiling: Harald Lembacher, identified as 'Stadtparteiobmann', and Patrick Derler, identified as 'Bezirksparteiobmann'. To their right is a blue silhouette of a person with the text 'HIER IST PLATZ FÜR DICH!' and 'Dein Name Deine Funktion'. The FPÖ logo is in the top right corner. At the bottom, the text 'fpoe-stmk.at/mitmachen' is displayed. The main headline reads 'GESTALTE DEINE ZUKUNFT' in large white letters, followed by 'Werde Mitglied!' in a script font. Contact information includes the phone number '0664/352 80 59' and the email 'weiz@fpoe-stmk.at'.

Geschätzte Bürger!

Es steht außer Frage, dass unser Versorgungssystem einer stetigen Weiterentwicklung bedarf, die sich alleine schon aufgrund operationstechnischer Entwicklungen und neuer Behandlungsmethoden ergibt. Ebenso wenig ist zu leugnen, dass unser Gesundheitswesen in zahlreichen Bereichen massiv reformbedürftig ist, wobei hier etwa das Ausbildungssystem von Ärzten und Pflegekräften, die Stärkung des niedergelassenen Sektors oder auch der Ausbau der medizinischen Vorsorge zu nennen sind. Bedauerlicherweise macht sich bei vielen Steirern jedoch der berechnete Eindruck breit, dass Reformen im steirischen Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren weniger aufgrund der Ausschöpfung von Verbesserungspotentialen geschehen, als vielmehr wegen des von ÖVP und SPÖ mitzuverantwortenden Ärzte- und Pflegekräftemangels.

Dies ist zweifelsohne auch bei der am 20. Juni dieses Jahres verkündeten „Spitalsreform“ der Fall. So planen die schwarz-rote Landesregierung und die KAGes-Verantwortlichen für nahezu sämtliche Krankenhausstandorte weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen, deren konkrete Auswirkungen für die Bevölkerung sich wohl erst in den kommenden Monaten und Jahren abzeichnen werden. Allerdings lassen der Verlust der Chirurgie am Spitalsstandort Bruck an der Mur, die Schließung der Ambulanz für Orthopädie und Traumatologie in Mürzzuschlag, die Umstellung zahlreicher Abteilungen auf Tages- und Wochenkliniken sowie der voraussichtliche Abzug der Geburtsstation am LKH Hartberg für viele Regionen massive Versorgungseinschnitte und eine noch stärkere Verlagerung der Patientenströme in Richtung Universitätsklinikum Graz erwarten. An diesem Umstand ändert auch die ebenfalls angekündigte und längst überfällige Umsetzung der langjährigen FPÖ-Forderung nach höheren Gehältern sowie einer besseren Vordienstzeitenanrechnung für Ärzte und Pflegekräfte wenig.

Wie bereits in der Vergangenheit werden im heimischen Spitalwesen einmal mehr weitreichende „Reformmaßnahmen“ vor allem deshalb gesetzt, da ÖVP und SPÖ aufgrund jahrelanger Versäumnisse im Gesundheits- und Pflegebereich mit dem Rücken zur

Wand stehen. Dabei wirken sich Maßnahmen, die aus einer Notlage heraus geboren sind, leider nur selten zum Vorteil der Betroffenen aus. Vielmehr ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre zu befürchten, dass die getroffenen Strukturmaßnahmen die ersten Vorboten einer noch tiefergreifenden Ausdünnungspolitik inklusive Krankenhausschließungen sein könnten. Dem werden wir Freiheitliche jedenfalls nicht tatenlos zuschauen und uns vielmehr weiterhin konstruktiv, aber mit Vehemenz für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer einsetzen.

Euer
Mario Kunasek
Landesparteiobmann

